

(A)

(C)

Stenographischer Bericht

439. Sitzung

Bonn, den 22. Oktober 1976

Beginn: 10.12 Uhr

Amtierender Präsident Dr. Albrecht: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 439. Sitzung des Bundesrates.

(Die Anwesenden erheben sich)

Wir haben eine schmerzliche Pflicht zu erfüllen: Wir trauern um Herrn Staatsminister **Dr. Horst Schmidt**. Am 4. Oktober 1976 ist er durch einen tragischen Unglücksfall — wie wir alle wissen — mitten aus seiner Arbeit herausgerissen worden, weil er anderen Menschen helfen wollte.

(B) Dr. Horst Schmidt übernahm neben seiner Tätigkeit als Arzt schon in jungen Jahren politische Aufgaben: Von 1952 bis 1960 war er Stadtverordneter seiner Heimatstadt Sprendlingen, zuletzt Stadtverordnetenvorsteher. In den Jahren von 1961 bis 1969 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Seit 1969 war er Hessischer Sozialminister, Mitglied des Bundesrates und Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik. Der Verstorbene hat sich als Arzt und Politiker unermüdlich für die gerechte Gestaltung unserer Gesellschaftsordnung eingesetzt.

Er ließ sich dabei leiten von seinem ausgeprägten sozialen Verantwortungsgefühl, aber auch von seiner hervorragenden Sachkunde. Wir alle wissen, daß er auf diese Weise vieles in Bewegung gesetzt und auch zu einem guten Ende geführt hat.

Wir verneigen uns in Trauer und Verehrung vor dem Toten.

Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben haben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich gemäß § 23 der Geschäftsordnung die **Änderungen der Zusammensetzung des Bundesrates** bekanntzugeben, die sich aus der Regierungsneubildung in **Hessen** ergeben haben.

Mit Wirkung vom 20. Oktober 1976 sind Herr Bundesratspräsident **Albert Osswald** und Herr Staatsminister **Hanns-Heinz Bielefeld** aus der hessischen Staatsregierung und damit auch aus dem Bundesrat ausgeschieden.

Die neugebildete hessische Staatsregierung hat mit Beschluß vom 20. Oktober 1976 zu Mitgliedern des Bundesrates bestellt: Ministerpräsident **Holger Börner**, Staatsminister **Heinz-Herbert Karry**, Staatsminister **Dr. Herbert Günther**, Staatsminister **Heribert Reitz**.

Zu stellvertretenden Mitgliedern des Bundesrates wurden die weiteren Staatsminister der Landesregierung bestellt: **Ekkehard Gries**, **Hans Krollmann**, **Willi Görlach**, **Armin Clauss**. Ich wünsche in Ihrer aller Namen den neuen und den wiederbenannten Kollegen mit uns im Bundesrat eine gute Zusammenarbeit.

Den beiden ausgeschiedenen Kollegen danke ich für die im Bundesrat geleistete Arbeit. Unser Kollege Ministerpräsident **Osswald** war seit 1963 Mitglied des Bundesrates. Wir haben ihn in dieser Zeit als sachkundigen, engagierten Kollegen kennen und schätzen gelernt. Im ablaufenden Geschäftsjahr hatte **Albert Osswald** die Präsidentschaft des Bundesrates inne. Er hat dieses Amt in dem ständigen und sichtbaren Bemühen um Integration und auch um Ausgleich wahrgenommen. Das war unmittelbar vor einer Bundestagswahl — wie wir alle wissen — eine nicht ganz leichte, aber eine verantwortungsvolle Aufgabe. **Albert Osswald** hat sie mit Erfolg wahrgenommen. Wir haben Anlaß, ihm für seine Arbeit und seine Fairneß besonders zu danken. (D)

Herr Staatsminister **Hanns-Heinz Bielefeld** war seit 1970 Mitglied des Bundesrates. Im Plenum und in den Ausschüssen für Innere Angelegenheiten, für Städtebau und Wohnungswesen sowie für Verteidigung haben wir ihn als erfahrenen und verantwortungsbewußten Kollegen kennengelernt und geschätzt.

Auch ihm wünsche ich im Namen von Ihnen allen für den weiteren Weg alles Gute.

Meine Damen und Herren, ich wende mich nun der **Tagesordnung** zu. Sie liegt Ihnen in vorläufiger Fassung mit 36 Punkten vor.

Wir sind übereingekommen, Punkt 28 — Darlehensverordnung — von der Tagesordnung abzusetzen und an die bisher beteiligten Ausschüsse sowie

- (A) zusätzlich an den Rechtsausschuß zurückzuverweisen.

Gibt es noch Wortmeldungen zur Tagesordnung?
— Das ist nicht der Fall; dann ist sie damit festgestellt.

Bevor wir nun zur Wahl des Präsidiums kommen und damit unsere Aufmerksamkeit in die Zukunft richten, gestatten Sie mir einige kurze **Bemerkungen zum ablaufenden Geschäftsjahr**:

Unter der Fülle der Gesetze, die der Bundesrat im letzten Jahr, also am Ende der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu behandeln hatte, ragen einige wegen ihrer großen Bedeutung besonders heraus:

Ich erwähne nur: Eherechtsreform, Reform des § 218, Mitbestimmungsgesetz, Rentenabkommen mit Polen, Radikalengesetz, Antiterroristengesetz, Mehrwertsteuer-Erhöhung, Berufsbildungsgesetz, Änderung des Bundesbaugesetzes, Verwaltungsverfahrensgesetz, Änderung des Wehrpflichtgesetzes.

Bei der Beratung dieser und der sehr vielen anderen Vorlagen war der Bundesrat aufgerufen, in Erfüllung seiner gesamtstaatlichen Verantwortung an der Gestaltung unserer Rechtsordnung mitzuwirken. Der Bundesrat ist laut Verfassung berufen, an der Gesetzgebung des Bundes mitzuwirken. Er ist Gesetzgebungsorgan des Bundes. Aber seine Zusammensetzung sorgt dafür, daß er zugleich Bindeglied zwischen Bund und Ländern ist. Schließlich sitzen im Bundesrat nicht parteilose Technokraten, sondern Politiker, die einer unserer Parteien angehören, Parteien, die nach dem Grundgesetz an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken haben.

Nur wenn man diese drei Dinge zusammensieht, gelangt man zu der **richtigen Sicht des Bundesrates**. Wer im Bundesrat eine Art Sachverständigenrat für die administrative Praktikabilität von Gesetzen sieht, geht in die Irre. Wer den Bundesrat für eine reine Interessenvertretung der Länder hält, geht ebenfalls in die Irre. Ein gleiches gilt aber auch für die, welche glauben, der Bundesrat könne in den Dienst dieser oder jener Partei gestellt werden. Mir scheint, daß die besondere Stellung des Bundesrates es mit sich bringt, daß er immer wieder auf Ausgleich bedacht sein muß. Das kann nicht immer gelingen und darf auch nicht zur Aufgabe von Positionen führen, die wir für entscheidend wichtig halten. Manchmal muß ein klares Nein gesprochen werden. Aber es bleibt ständige Aufgabe, den **Ausgleich zu suchen**.

Bundestag und Bundesrat können in ihrer Arbeit nur Erfolg haben, wenn alle Mitglieder des Bundesrates, aber auch wenn die Regierungsmehrheit und die Opposition im Deutschen Bundestag an der Erfüllung dieser Aufgabe mitwirken. Das ist im abgelaufenen Jahr trotz Vorwahlzeit überwiegend der Fall gewesen. Ich denke, das wird auch im vor uns liegenden Jahr so sein.

Diesem neuen Geschäftsjahr möchte ich mich dann zuwenden und

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl des Präsidiums

aufrufen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns dahin verständigt, die **Wahl des Präsidenten** bis zum Freitag, den 3. Dezember zu **vertagen**.

Wir kommen daher sogleich zur

Wahl der Vizepräsidenten.

Nach unseren Vereinbarungen schlage ich Ihnen zur Wahl vor: als Ersten Vizepräsidenten den Herrn Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Holger B ö r n e r; als Zweiten Vizepräsidenten den Herrn Präsidenten des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Hans-Ulrich K l o s e; als Dritten Vizepräsidenten den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus S c h ü t z.

Mit ihrem Einverständnis lasse ich über die Vorschläge gemeinsam abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist einstimmig angenommen.

Ich kann wohl davon ausgehen, daß die Herren Kollegen diese Wahl annehmen werden. — Dann darf ich Ihnen die Glückwünsche des ganzen Hauses aussprechen.

Ich komme zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Wahl der Vorsitzenden der Ausschüsse (Drucksache 611/76).

Für die Wahl der Ausschußvorsitzenden des nächsten Geschäftsjahres, die wir heute ebenfalls vorzunehmen haben, liegt Ihnen in **Drucksache 611/76** ein **Antrag des Präsidiums** vor.

Wir haben uns darauf verständigt, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses ebenso wie den Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik heute noch nicht zu wählen. Mit dieser Änderung rufe ich die Drucksache 611/76 zur Abstimmung auf.

Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist ebenfalls einstimmig so **beschlossen**.

Dann komme ich zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Wahl der Schriftführer.

Ich schlage Ihnen gemäß § 10 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung vor, für das Geschäftsjahr 1976/77 Herrn Staatssekretär Erich K i e s l und Herrn Minister Dr. Diether P o s s e r als Schriftführer wiederzuwählen. Beide Herren haben sich bereit erklärt, das Amt erneut zu übernehmen.

Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich wiederum um das Handzeichen. — Das ist ebenfalls einstimmig so **beschlossen**.

Damit sind die beiden Schriftführer wiedergewählt.

(C)

(D)

(A) Ich komme zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht von Premierminister Leo Tindemans über die Europäische Union sowie die in der Kabinettsitzung vom 3. März 1976 beschlossene Stellungnahme der Bundesregierung hierzu (Drucksache 290/76).

Berichterstatter ist Herr Minister Hasselmann.

Hasselmann (Niedersachsen), Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der belgische Premierminister Tindemans ist von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften am 10. und 11. Dezember 1974 beauftragt worden zu untersuchen, wie die neun Mitgliedstaaten in der gegenwärtigen Situation Fortschritte auf dem Weg zu einer politischen Integration Europas erreichen können. Er hat seinen Bericht nach eingehenden Konsultationen vor allem mit den Regierungen der Mitgliedstaaten am 29. Dezember 1975 vorgelegt.

(V o r s i t z : Amtierender Präsident Dr. Stoltenberg)

Der **Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften** hat sich in zwei Sitzungen sehr eingehend mit dem Bericht beschäftigt. Er schlägt Ihnen in der Drucksache 290/1/76 eine Stellungnahme vor, mit der die Auffassung des Bundesrates zu einigen grundsätzlichen Fragen der Europapolitik zum Ausdruck gebracht werden soll.

(B) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der **Tindemans-Bericht** zählt nach der im EG-Ausschuß einstimmig vertretenen Meinung nicht zu den theoretischen Konzeptionen für eine weit in die Zukunft weisende ideale Lösung; er zeigt vielmehr in einer realistischen Analyse die bestehenden Schwierigkeiten auf und versucht mit konkreten Vorschlägen für ein pragmatisches Vorgehen einen Weg zu weisen, auf dem den auseinanderstrebenden Kräften innerhalb der Gemeinschaft Einhalt geboten werden kann.

Die wirtschafts- und währungspolitischen Schwierigkeiten, die in den Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maß aufgetreten sind, haben dazu geführt, daß die europäische Integration nicht dem Weg gefolgt ist, der — mit großen Erwartungen und mutigen Perspektiven — auf der Pariser Gipfelkonferenz des Jahres 1972 vorgezeichnet worden ist. Im Prozeß der europäischen Einigung ist der wirtschaftlichen Entwicklung keine gleichwertige politische Entwicklung gefolgt, was heute negativ auf den wirtschaftlichen Bereich zurückwirkt.

Der Bürger erlebt Europa nach Informationen und Kommentierungen über langwierige Verhandlungen, die oft genug ohne Erfolg bleiben, nach Meldungen über Sondermaßnahmen eines nationalen Protektionismus, der in der Gemeinschaft schon fast vergessen schien, und über das agrarpolitische Dilemma der aus Steuermitteln finanzierten Überschußproduktionen als ein eher negatives Erscheinungsbild.

Premierminister Tindemans hat in seinem Bericht zu Recht darauf hingewiesen, daß die Öffentlich-

keit die Bereitschaft und die Fähigkeit der Politiker, (C) zur Lösung der aktuellen Probleme und zur Schaffung einer politischen Union zu kommen, sehr skeptisch beurteilt. Diese Entwicklung ist gefährlich, weil eine Idee und die Aussicht auf ihre Verwirklichung im politischen Leben demokratischer Grundordnungen nur so stark sind wie die Anteilnahme der Öffentlichkeit und die Bereitschaft, sie zu unterstützen.

Das europäische Einigungswerk bedarf als Fundament für eine fortschreitende Entwicklung neben institutionellen Sicherungen in ganz entscheidendem Maße der Zustimmung und aktiven Anteilnahme der Bevölkerung. Aus diesem Grund gilt es, die Idee der europäischen Einigung mit neuem Leben zu erfüllen. Dazu kann der vorliegende Bericht beitragen, wenn im Europäischen Rat — diese Erwartung wird in der vorliegenden Empfehlung des EG-Ausschusses deutlich zum Ausdruck gebracht — alsbald eine eingehende Erörterung beginnt und auf dieser Grundlage die erforderlichen Entscheidungen getroffen werden, die in der gegenwärtigen Situation vor allem eine verstärkte Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten im wirtschafts- und währungspolitischen Bereich zum Ziel haben müssen.

Ein erster Schritt in die von Herrn Tindemans gewiesene Richtung ist mit dem Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. September 1976 getan worden, durch den eine wichtige Voraussetzung für die **Direktwahl zum Europäischen Parlament** geschaffen worden ist.

(D) Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments durch die Bürger der Mitgliedstaaten wird der Gemeinschaft mehr demokratische Legitimität geben und kann — bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen über europapolitische Fragen im Kampf um die Mehrheit der Wähler — dazu beitragen, die europäische Integration wieder zu einem Thema der öffentlichen Erörterung zu machen und die Bevölkerung aktiver als bisher am weiteren Aufbau Europas zu beteiligen.

Der Bundesrat hat sich in Entschließungen aus des Jahren 1972 und 1974 einstimmig für die Direktwahl des Parlaments ausgesprochen. Der Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften empfiehlt Ihnen daher, den Beschluß des Rates in der vorliegenden Stellungnahme ausdrücklich zu begrüßen.

Die Analyse der gegenwärtigen Situation in der Gemeinschaft zeigt, daß sich die deutlichste Bewegung zu einer größeren Gemeinsamkeit in letzter Zeit im Bereich der Außenpolitik und der Außenwirtschaftspolitik ergeben hat. Die Pariser Gipfelkonferenz des Jahres 1972 hat ein System der „**Europäischen Politischen Zusammenarbeit**“ — kurz: EPZ — entwickelt, das sich — zunächst neben dem institutionellen Gefüge der Gemeinschaft — auf Bereiche bezieht, die von den Verträgen nicht erfaßt werden.

Meine Damen und Herren, die Erwartung, auf diesem Wege außenpolitische Entscheidungen harmoni-

- (A) sieren zu können, so daß die Mitgliedstaaten nach außen hin mit einer Stimme sprechen, hat sich in einigen Fällen erfüllt. Es ist ein wesentliches Anliegen des Tindemans-Berichts, die politische Verpflichtung zu außenpolitischer Zusammenarbeit auszudehnen, und zwar unter Einbeziehung auch der Sicherheitspolitik, und sie rechtlich abzusichern.

Der Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften empfiehlt Ihnen, diese Auffassung zu unterstützen. Er ist sich dabei darüber im klaren, daß die rechtliche Ausgestaltung der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit nur auf längere Sicht möglich sein wird.

Die weiteren Punkte der Ihnen vorliegenden Stellungnahme betreffen die Sozialpolitik und die Anerkennung sowie den Schutz der Grund- und Menschenrechte in einem freien Europa. In der Sozialpolitik gibt es in der Gemeinschaft bisher nur bestimmte Ansätze. Premierminister Tindemans hält es für erforderlich, daß sich die Gemeinschaft gerade dieses Bereiches in Zukunft stärker annimmt. Der EG-Ausschuß weist auf den jüngst eröffneten Dialog der Tarifpartner mit der Kommission und den Regierungen der Mitgliedstaaten hin und befürwortet dessen Fortsetzung.

Zur Frage der **Grundrechte** hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 29. Mai 1974 den Standpunkt vertreten, daß sekundäres Gemeinschaftsrecht an den Grundrechten der nationalen Verfassungen zu prüfen sei, solange kein ausreichender Schutz in der Gemeinschaft selbst bestehe. Premierminister Tindemans spricht sich in seinem Bericht für den Schutz der den Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundfreiheiten und der wirtschaftlichen und sozialen Rechte auch auf der Gemeinschaftsebene aus und fordert, daß die Rechte der Bürger durch direkte Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen Verletzungen durch die Organe der Europäischen Gemeinschaften gesichert werden sollen. Dieser Auffassung stimmt der EG-Ausschuß im letzten Teil seiner Empfehlung für die Stellungnahme des Bundesrates ausdrücklich zu.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Bundesrat hat der europäischen Integration von Anfang an ein besonderes Interesse entgegengebracht. Trotz des Verlustes von Kompetenzen, den sowohl der Bundesrat als Gesetzgebungsorgan des Bundes als auch die Landesregierungen in zunehmendem Maße hinnehmen müssen, haben wir in unseren Stellungnahmen und in der praktischen Mitarbeit an zahlreichen Einzelvorlagen aus dem Bereich der Europäischen Gemeinschaften eine betont positive Einstellung gegenüber dem Aufbau eines auch politisch geeinten Europa zum Ausdruck gebracht. In diesen Rahmen paßt die Empfehlung des Ausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaften zum Tindemans-Bericht, um deren Annahme ich Sie im Namen des Ausschusses bitten möchte.

Amtierender Präsident Dr. Stoltenberg: Schönen Dank für die Berichterstattung! Das Wort hat Herr Ministerpräsident Albrecht.

Dr. Albrecht (Niedersachsen): Herr Präsident! (C) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße es lebhaft, daß der Bundesrat zum Bericht des belgischen Premierministers Leo Tindemans über die Europäische Union Stellung nimmt. Mir scheint, das ist gut so um der Sache willen; das ist aber auch gut so angesichts der Stellung des Bundesrates als eigenständigen Verfassungsorgans der Bundesrepublik Deutschland. Zu bedeutsamen Fragen dieser Zeit, zu wichtigen aktuellen politischen Problemen darf oder sollte der Bundesrat auch dann nicht schweigen, wenn kein Entwurf eines Bundesgesetzes zur Beratung ansteht.

Aus den Gründen, die der Berichterstatter, Herr Kollege Hasselmann, hier vorgetragen hat, spricht sich auch das Land **Niedersachsen** für die Annahme des Ausschlußberichts aus. Wir messen besonderes Gewicht dem Appell an die Bundesregierung bei, unverzüglich auf eine eingehende Erörterung der Vorschläge des belgischen Premierministers hinzuwirken. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das ganz deutlich sagen: Wir alle haben Erfahrung mit Berichten dieser Art; wenn ein solcher Bericht nur mit beifälligem Kopfnicken entgegengenommen wird, aber im übrigen zu den Akten gelegt wird, dann ist das Ziel der Operation verfehlt. Ich meine, wir sollten gemeinsam darauf drängen, daß dieses Schicksal dem Bericht von Leo Tindemans nicht widerfährt.

Es ist vielleicht geradezu eine besondere Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, hier Schrittmacherdienste zu leisten. Jeder weiß, daß wir innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein besonderes politisches und, da es ja im wesentlichen eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, auch ein besonderes wirtschaftliches Gewicht haben. Die Bundesrepublik kann sich, wenn sie hier eine aktive Position einnimmt, sehr wohl darauf verlassen, daß sie in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung handelt. (D)

Natürlich muß ein Drängen unsererseits mit Takt geschehen. Natürlich sind wir nicht dazu da, anderen Völkern Lehren zu erteilen. Aber dieses, daß wir initiativ sind und auf eine ernsthafte Behandlung dieses Berichts und auch auf Schlußfolgerungen der Mitgliedstaaten aus diesem Bericht drängen, wird man uns nicht nur nachsehen, sondern wird man von uns geradezu erwarten.

Mir scheint, daß eine derartige Initiative dringendst geboten ist. Denn nach wie vor gibt es **keine Alternative zur Europäischen Einigung**. Wir haben uns nach dem Kriege, als das Werk der europäischen Einigung begann, eine Reihe von Zielen gesetzt, die dann zur Gründung der Montan-Union, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und von Euratom geführt haben. Diese Ziele sind heute noch genauso gültig, denn wir sagten damals: Wir wollen den Frieden zwischen den Staaten Europas durch die Europäischen Gemeinschaften nicht nur auf Zeit, sondern auf Dauer institutionell sichern; wir wollen die äußere Sicherheit unseres Kontinents dadurch erhöhen, daß wir gemeinsam in der Verteidigung der Freiheit zusammenwirken; wir wollen unseren

(A) Völkern den Wohlstand wiedergeben, indem wir einen gemeinsamen großen europäischen Markt schaffen, der verlässlich und unabhängig von internationalen Währungsschwankungen ist. Und schließlich wollten wir der Stimme Europas in der Welt wieder Gewicht geben, der Stimme Europas, von der Smuts bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen sagte: „Die Stimme Europas war nicht mehr zu hören.“

Wenn wir die Situation heute betrachten, stellen wir fest, daß wir zwar wesentliche Fortschritte auf diesem Wege erreicht haben, daß wir aber zweifelsfrei auf halbem Wege stehengeblieben sind, und wenn irgendwo, dann gilt gerade in Fragen der europäischen Einigung, daß Stillstand Rückschritt bedeutet. Es wird nicht leicht sein, die Bewegung, die in den ersten Jahrzehnten nach dem Kriege einmal stark war, wieder in Gang zu bringen. Vielleicht sollte man sich auf einige besonders wichtige Punkte konzentrieren.

(B) Ich sage ganz offen, daß es für mich überhaupt kein verständliches Argument gibt, warum die große Problematik des Nord-Süd-Verhältnisses, die **Lösung der Probleme der Dritten Welt** nicht von der Europäischen Gemeinschaft als solcher und für uns alle angepackt wird. Es gibt meines Erachtens überhaupt keinen vernünftigen Grund, warum wir neben der **europäischen Entwicklungspolitik**, die außerordentlich erfolgreich ist, noch eine Fülle konkurrierender nationaler kleinerer Entwicklungspolitiken haben. Gerade hier scheint es mir einleuchtend zu sein, daß wir, wenn wir unsere Anstrengungen auf die europäische Ebene übertragen und von dort aus gemeinsam Entwicklungspolitik betreiben, die Wirkungen dieser Politik mit den uns verfügbaren Mitteln potenzieren oder zumindest wesentlich erhöhen. Darüber hinaus würden wir, wenn wir gemeinsam die Verantwortung für das Nord-Süd-Problem übernehmen, in Europa das Bewußtsein dafür schärfen, daß es überhaupt nur zwei große Einheiten gibt, die die letzte Verantwortung für die Lösung dieses Problems tragen, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika und wir, während sich heute jeder der europäischen Nationalstaaten sagen kann: Wenn ich einmal etwas weniger tue, weil meine Haushaltslage mir das geboten erscheinen läßt, ist das nicht so schlimm, es gibt ja noch viele andere, die ihrerseits auch Entwicklungspolitik betreiben! — Es würde dadurch also ein ganz anderes Verantwortungsbewußtsein in Europa entstehen.

Der zweite Punkt, der, wie wir alle wissen, entscheidend wichtig ist, ist, daß wir endlich Fortschritte auf einem Gebiet erzielen, auf dem wir in den letzten Jahren eigentlich nur Rückschritte gehabt haben, nämlich dem Weg, wieder zu **stabilen Währungsverhältnissen** zu kommen. Das setzt voraus, daß wir unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wieder mehr Gemeinsamkeit in der Stabilitätspolitik, in der Konjunkturpolitik bekommen. Wenn dies nicht geschieht, dann steht, wie jeder weiß, Gefahr ins Haus. Beispielsweise der europäische Agrarmarkt wird nach meiner Über-

zeugung die gegenwärtigen Verhältnisse nicht lange überleben. Hier wäre es schon ein wesentlicher Fortschritt — und dies ist auch Aufgabe der Bundesrepublik in Europa —, wenn wir den anderen Mitgliedstaaten nahebrächten, daß man strukturelle Arbeitslosigkeit nicht mit monetären Maßnahmen beseitigen kann, sondern daß die monetäre Politik auf die Konjunktursteuerung, auf den Ausgleich der kurzfristigen Schwankungen und auf die Bewahrung von Stabilität und konjunktureller Vollbeschäftigung ausgerichtet sein muß, daß sie aber nicht die Millionen Arbeitslosen in Süditalien, Westfrankreich und Irland beseitigen kann. Wenn man versucht, dies mit monetären Mitteln zu tun, dann bricht das europäische Währungsgefüge völlig auseinander. Wenn wir den anderen Mitgliedstaaten nahebringen wollen, daß **strukturelle Arbeitslosigkeit** — wie ihr Name sagt — nur durch Strukturpolitik und nicht durch Währungspolitik beseitigt werden kann, dann setzt das nach meiner Überzeugung allerdings auch voraus, daß wir als Deutsche dann im gleichen Atemzug sagen: Wir sind unter dieser Voraussetzung bereit, einen wesentlichen finanziellen Beitrag zur Lösung dieses Problems, zur Beseitigung der ungleich größeren strukturellen Arbeitslosigkeit im Süden, im Westen und im Nordwesten unseres Kontinents zu leisten.

Drittens schließlich möchte ich ansprechen: Wir sind einig darüber, daß **Europa der demokratischen Legitimation seiner Organe** bedarf. Es ist das Erfreulichste der Entwicklung der letzten Jahre, daß die Direktwahl des Europäischen Parlaments ins Auge gefaßt ist. Ich sage „ins Auge gefaßt“; gesichert ist sie nach wie vor nicht. Die jüngste Einigung des Rates der Europäischen Gemeinschaften ist ein wesentlicher Fortschritt in dieser Richtung gewesen, aber das Ziel ist noch nicht erreicht. Deshalb sollten wir meines Erachtens Wert darauf legen, daß die Bundesrepublik auch hier beispielgebend vorangeht, indem sie bald ratifiziert und damit auch ein Zeichen für andere setzt.

(D) Meine Damen und Herren, man kann sich fragen, ob wir den **Zeitpunkt für die Einigung Europas** nicht schon verpaßt haben. Ich selbst habe, wie Sie wissen, 17 Jahre für dieses Ziel gearbeitet, und ich bin nicht mehr sicher, ob wir den Zeitpunkt in Wahrheit nicht schon verpaßt haben. Wenn wir um uns blicken, dann werden wir feststellen, daß die innenpolitischen Verhältnisse in unseren Ländern, so wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben, die Lösung der Aufgabe der europäischen Einheit nicht erleichtern: ob wir in den Süden blicken, ob wir nach Westen blicken, oder ob wir nach Norden blicken. Trotzdem bleibt es wahr, daß wir keine Alternative zu dieser Politik der europäischen Einigung haben. Wenn es den anderen Staaten in Europa schlechtgeht, dann wird es, auf Dauer gesehen, auch der Bundesrepublik Deutschland schlechtgehen.

Das, was im Augenblick in Europa am meisten fehlt, ist, daß von irgendwoher Initiative, um nicht zu sagen Führung kommt. Früher, als die Europäische Kommission ihr Mandat noch politisch ver-

- (A) stand, da hat sie immer wieder die Initiativen ergriffen, die notwendig waren, damit dieses mühsame Werk der europäischen Einigung vorankam. Dieser Elan und auch dieses Selbstverständnis der Europäischen Kommission ist seit einer Reihe von Jahren aus den Gründen, die wir kennen, nicht mehr oder zumindest nicht mehr in ausreichendem Maße gegeben.

Dann ist es eine Zeitlang die französische Regierung gewesen, die ihrerseits ein Konzept von der Zukunft Europas hatte, von einer Art Führungs- und Initiativrolle in Europa, mit allen Grenzen, die diesen Bemühungen deshalb auferlegt worden waren, weil eine ganz bestimmte gaullistische Philosophie dahinterstand. Auch diese Initiativen sind nicht mehr spürbar.

Deshalb meine ich — ich habe das schon angedeutet —, daß hier eine **besondere Verantwortung der Bundesrepublik** zufällt. Nicht, daß wir den Fehler begehen sollten, einen Führungsanspruch in Europa zu erheben — das wäre grundfalsch —, aber daß wir doch immer die Treibenden sind, immer diejenigen, die bereit sind, voranzugehen und auch für das Ganze zu denken und dafür auch Opfer zu bringen; denn wenn es nicht irgend jemanden in dieser Gemeinschaft gibt, der nicht auf Heller und Pfennig nachrechnet, was er nun herausbekommt, nachdem er etwas in diese Gemeinschaft hineingegeben hat, dann kann das Einigungswerk nicht gelingen.

- (B) Ich sagte, das muß mit Takt, das muß mit einer großen Beharrlichkeit geschehen. Aber der Tindemans-Bericht — und das ist sein eigentlicher Wert — gibt uns eine Chance, die Dinge etwas weiterzutreiben. Das wollte ich zum Ausdruck gebracht haben. Ich wäre dankbar, wenn wir uns alle dafür einsetzen, daß diese Chance auch von der Bundesrepublik und den anderen Mitgliedstaaten effektiv genutzt wird.

Amtlierender Präsident Dr. Stoltenberg: Das Wort hat Herr Minister Rau.

Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn das stimmt, daß Zweifel an der Frage angebracht sind, ob der Zeitpunkt für Europa nicht schon verpaßt ist, wie Herr Ministerpräsident Albrecht es soeben ausgesprochen hat, und wenn auf der anderen Seite auch seine zweite Bemerkung zu diesem Thema stimmt, daß wir keine Alternative zu Europa haben, dann wird unsere Aufgabe darin bestehen, jenen merkwürdigen Widerspruch aufheben zu helfen, den ich darin sehe, daß alle Umfragen davon sprechen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft dieses Ziel Europa will, und daß sie doch sowenig engagiert sich diesem Ziel zuwendet.

Wie kommt es zu diesem interesselosen Wohlgefallen, das die Bürger der europäischen Idee entgegenbringen? Hängt das wohl damit zusammen, daß die Entscheidungsprozesse in der Gemeinschaft

inzwischen so kompliziert geworden sind, daß nur noch die unmittelbar Handelnden sie übersehen können? Hängt es wohl daran, daß die Bürger nicht mehr verstehen und nicht mehr sehen, was sie mit den Technokraten in Brüssel verbindet, oder daran, daß wir in den Medien zu oft von der mangelnden Einigkeit hören und nicht von den Erfolgen der Gemeinschaft in ihren Außenbeziehungen? Ich denke an die Konvention von Lomé, die Abkommen mit den Maghreb-Staaten, die Soforthilfe für Portugal. Muß nicht der innere Aufbau der Gemeinschaft, der wegen unterschiedlicher Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten nachhinkte, jetzt vorangetrieben werden?

Mir scheint, es besteht auch ein Defizit an Demokratie in Europa. Nur durch mehr Demokratie, nur durch das unmittelbare Mitwirken der Menschen können Entwicklungen innerhalb Europas transparenter, deutlicher gemacht und Entscheidungen auf eine tragfähige Grundlage gestützt werden.

Deshalb glaube ich, daß die **Direktwahl** — die noch nicht gesichert, aber in Aussicht ist, die auch ein Produkt der Ungeduld sein wird angesichts der Tatsache, daß sie zum erstenmal 1951 gefordert und 1956 in den Verträgen beschrieben wurde —, uns ein Stück auf dem Weg zu Europa weiterbringen kann. Ich denke, es ist zu begrüßen, mit welcher Hartnäckigkeit und Geduld, mit welcher Bereitschaft zum Kompromiß, aber auch mit welcher Klarheit in der Zielvorstellung sich die Bundesregierung für diese Direktwahlen in den mühevollen Auseinandersetzungen der letzten Monate eingesetzt hat. Dabei wissen wir, daß sich an der Kompetenz des Parlamentes nichts ändert, daß wir vertrauen müssen auf die Eigendynamik eines europäischen Direktwahlprozesses, darauf, daß eine neue Qualität dieses Parlaments entsteht, die dann zu erweiterten Konsequenzen führt. Der Ministerrat, die Kommission und die Brüsseler Beamten werden dem — so hoffen wir — dann Rechnung tragen müssen.

Aber diese Direktwahl, wenn wir sie im Jahre 1978 erleben werden, ist doch eine Herausforderung an die politischen Parteien in der Bundesrepublik. Sie macht es nötig, daß wir miteinander und mit den Schwesterparteien in den übrigen Ländern der Gemeinschaft sprechen und daß wir unsere eigenen Zielvorstellungen deutlicher, möglicherweise korrigiert darstellen, um die Stimmen der Bürger zu gewinnen.

So gehen wir in einen Prozeß der **Werbung um das politische Engagement der Bürger** in allen Mitgliedstaaten. Wir bitten sie, sich Europas so anzunehmen, wie sie sich der Sachen in der eigenen Gemeinde, im Land und in der Bundesrepublik annehmen, und wir bitten sie, Verständigung und Verständnis in der Nachbarschaft der Völker als eine neue Lernaufgabe zu verstehen. Deshalb geht es um umfassende und klare Information. Der Tindemans-Bericht bietet dazu ein wichtiges Stück. Aber dann geht es auch darum, daß die Alternativen über die anstehenden Probleme formuliert und deutlich gemacht werden. Dazu werden wir in den Regierungen und in den Parteien die Mithilfe all derer brauchen, die

- (A) in den letzten Jahrzehnten oft in Kreisen und Konventikeln für Europa eingetreten sind, die in der Gefahr der Müdigkeit waren und die wir jetzt einladen und auffordern müssen, sich dieser neuen großen Herausforderung mit uns zu stellen.

Amtierender Präsident Dr. Stoltenberg: Das Wort hat Herr Staatsminister Wischniewski für die Bundesregierung.

Wischniewski, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte zuerst sagen, daß die Bundesregierung es außerordentlich begrüßt, daß sich der Bundesrat mit dem Bericht des belgischen Ministerpräsidenten über die Europäische Union so intensiv beschäftigt. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang zu sagen, daß die Bundesregierung die einzige unter den neun Regierungen ist, die eine schriftliche Stellungnahme zum Tindemans-Bericht vorgelegt hat, um auf diese Art und Weise den gesetzgebenden Körperschaften, aber auch der gesamten deutschen Öffentlichkeit, die Möglichkeit der Diskussion zu geben. Wir bemühen uns bei den Beratungen im Ministerrat diejenigen zu sein, die daran interessiert sind, daß möglichst bald Fortschritte gemacht werden. Die Bundesregierung hat das von Herrn Tindemans entwickelte Konzept als realistisch und pragmatisch begrüßt und den Grundvorstellungen des belgischen Ministerpräsidenten über die Europäische Union zugestimmt.

- (B) Der vorliegende Entwurf einer Entschließung des Bundesrates läßt eine weitgehende **Identität der Auffassung von Bundesrat und Bundesregierung** erkennen. Die Bundesregierung kann insbesondere mit der Beurteilung, die im ersten Absatz des Entschließungsentwurfs zum Ausdruck kommt, in vollem Maße übereinstimmen, daß nämlich der Bericht durch seine pragmatische Zielsetzung und durch seine konkreten Vorschläge einen Weg weist, den auseinanderstrebenden Kräften innerhalb der Gemeinschaft Einheit zu gebieten und langfristig einem föderalistischen Europa einen Schritt näherzukommen.

Zum Abschnitt des Entschließungsentwurfs über die **Direktwahl zum Europäischen Parlament** darf ich folgendes sagen. Die Bundesregierung hat durch eigene Initiativen, aber auch durch Kompromißbereitschaft wesentlich dazu beigetragen, daß die oft schwierigen Verhandlungen doch zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden konnten. Jetzt wird die Bundesregierung alles in ihren Kräften Stehende tun, um die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Durchführung der Direktwahl im Jahre 1978 zu schaffen. Sie wird dies tun in enger Zusammenarbeit mit den Ländern, den Parteien und Fraktionen des Deutschen Bundestages und den Europäischen Organisationen in unserem Lande.

Mit Recht erwähnt der dem Bundesrat vorliegende Entschließungsentwurf auch die Notwendigkeit, daß die Neun sich in der Außen- und Sicherheitspolitik auf gemeinsame Standpunkte einigen. In den letzten Jahren haben sich beachtliche Ansätze für eine ge-

meinsame Außenpolitik entwickelt. Die Gemeinschaft wird zunehmend Partner im weltpolitischen Dialog. Ihr gemeinsames Auftreten nach außen wird ermöglicht und abgestützt durch die Harmonisierung der außenpolitischen Vorstellungen in einer engen, pragmatischen Zusammenarbeit der neun Außenminister im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit. Ein Feld, in dem dieses gemeinsame Auftreten besonders erfolgreich war, ist die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese Bemühungen werden im Hinblick auf das Treffen in Belgrad im nächsten Jahre fortgesetzt. Aber auch in anderen Bereichen — ich nenne den Nahen Osten, den europäisch-arabischen Dialog — gibt es wichtige Ansätze für eine gemeinsame Außenpolitik und für internationale Kooperation. Auch die Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen der Neun wird ständig enger und besser. Auf den Konferenzen mit der Dritten Welt, vor allem auf der Konferenz über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung spricht die Gemeinschaft schon heute mit einer Stimme.

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident Albrecht, diese Frage in besonderem Maße angesprochen haben, so gibt es gerade in diesen Tagen besondere Anstrengungen der Bundesregierung, um im Rahmen der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch bei den Problemen, die sich aus der UNCTAD-Konferenz ergeben, eine gemeinsame Haltung einzunehmen. Dies ist nicht immer leicht aus dem einfachen Grunde, weil manche Partner in der Gemeinschaft über Marktwirtschaft in der Welt andere Vorstellungen haben als wir in der Bundesregierung.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang eine **gemeinsame Entwicklungspolitik** fordern, dann hat die Bundesregierung hier eine klare Priorität gestellt. Sie hat gesagt, wenn multilaterale Hilfe, dann in erster Linie europäische. Aber ich muß auch in aller Deutlichkeit sagen, daß eine Vielzahl von Gründen dafür spricht, daß es auch im Rahmen unserer Entwicklungspolitik nach wie vor nationale Aktivitäten geben muß. Es würde zu weit führen, darüber heute weitere Ausführungen zu machen.

Auch mit der Aussage des Entschließungsentwurfs zum **Dialog der Tarifpartner** mit den Regierungen und der Kommission kann die Bundesregierung in vollem Umfang übereinstimmen. In der Tat ist die Bundesregierung der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit in der **Dreierkonferenz** einen besonders wertvollen und aussichtsreichen neuen Ansatz darstellt, der auch für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gemeinschaft von größter Bedeutung ist.

Die Bundesregierung stimmt auch beim letzten Punkt der beabsichtigten Entschließung, der sich mit der Anerkennung und dem Schutz der **Grund- und Menschenrechte** befaßt, mit dem Bundesrat vollständig überein. Sie befürwortet den Gedanken einer gemeinsamen Entschließung der europäischen Organe über die Bindung an die Grund- und Menschenrechte. Dies wäre ein erster Schritt auf dem

- (A) Wege zu einer noch stärkeren vertraglichen Verankerung der Grundrechte im Gemeinschaftsrecht. Die Bundesregierung tritt ebenso wie der Bundesrat für die unmittelbare Klagebefugnis des einzelnen Bürgers vor dem Europäischen Gerichtshof gegenüber Grundrechtsverletzungen der Gemeinschaftsorgane ein.

In der Öffentlichkeit mag der Eindruck entstanden sein, daß die Diskussion über den Tindemans-Bericht seit dem Frühjahr zum Stillstand gekommen ist. Dieser Eindruck ist falsch. Die Diskussion des Berichts hat sich in die Gremien der Gemeinschaft verlagert, in denen intensiv, wenn auch ohne Publizität über den Bericht beraten wird.

Der Europäische Rat hat sich auf seiner Tagung am 1./2. April 1976 in Luxemburg vorgenommen, noch vor Jahresende abschließend zum Tindemans-Bericht Stellung zu nehmen. Dies soll nun auf seiner Tagung am 29./30. November in Den Haag geschehen. In der Zwischenzeit haben die Außenminister nicht nur auf allen ihren Ratstagungen, sondern auch bei ihren informellen Treffen über den Bericht verhandelt, und zwar bis jetzt insgesamt nicht weniger als siebenmal. In Kürze werden die Außenminister dem Tindemans-Bericht sogar ein eigenes, zusätzliches Treffen widmen.

Die Außenminister gehen bei ihren Beratungen Kapitel für Kapitel vor. Sie haben dabei den großen Teil der Arbeit bereits bewältigt. Ziel der niederländischen Präsidentschaft ist ein zusammenfassender Bericht der Außenminister, den diese voraussichtlich auf der Ratstagung am 15. November verabschieden werden, um ihn den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat rechtzeitig vor der erwähnten Tagung des Europäischen Rats in Den Haag vorzulegen.

Ich will und kann Ihnen nicht vorenthalten, daß der Tindemans-Bericht bei den einzelnen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft ein durchaus geteiltes Echo gefunden hat. Bei ihren Stellungnahmen zu den einzelnen Vorschlägen von Ministerpräsident Tindemans setzen die Partnerstaaten die Akzente je nach ihrer Interessenlage recht unterschiedlich. Die Diskussion gestaltet sich deshalb bisweilen schwierig. Dies ist verständlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß es bei der Formulierung der Stellungnahme um Weichenstellungen für die Zukunft der europäischen Integration geht.

Die Beratungen sind vertraulich. Hierfür bitte ich um Ihr Verständnis. Die Bundesregierung ist jedoch jederzeit bereit, die zuständigen Gremien des Bundesrates in vertraulicher Sitzung über den augenblicklichen Stand der Beratungen zu informieren.

Zur Haltung der Bundesregierung bei den gemeinschaftsinternen Beratungen kann ich folgendes sagen. Diese Haltung stützt sich in den konzeptionellen Fragen zur Europäischen Union wie zu den konkreten Einzelvorschlägen von Ministerpräsident Tindemans eindeutig auf die Ihnen vorliegende Stellungnahme der Bundesregierung vom März dieses Jahres.

Die Bundesregierung hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt, daß das Konzept von Herrn Tindemans, das er in den sechs Leitlinien des Kapitels 1 seines Berichtes niedergelegt hat, insgesamt angenommen wird. Die Bundesregierung kann diesen sechs Tindemannsschen Leitlinien in vollem Umfang zustimmen. Sie hofft aber, daß insbesondere die Verabschiedung der Leitlinie Nummer sechs so möglich ist. In ihr heißt es: Das europäische Einigungswerk ist unverzüglich wieder in Gang zu bringen, und ihm ist größere Glaubwürdigkeit zu verschaffen.

Amtierender Präsident Dr. Stoltenberg: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Die Empfehlungen des Ausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaften liegen Ihnen in der Drucksache 290/1/76 vor.

Ich möchte vorschlagen, daß wir getrennt über die Ziffern I (1 bis 3) und II (1 bis 4) abstimmen.

Wer der Ziffer I zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Einstimmig!

Wer der Ziffer II zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. — Ebenfalls einstimmig.

Demnach hat der Bundesrat die vorgeschlagene **Stellungnahme beschlossen.**

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Entwurf einer Ratsentscheidung zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens über den gegenseitigen Informationsaustausch hinsichtlich der Qualität des Oberflächen Süßwassers in der Gemeinschaft (Drucksache 366/76).

(Vorsitz: Amtierender Präsident Dr. Albrecht)

Amtierender Präsident Dr. Albrecht: Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in der Drucksache 366/1/76 vor.

Ich komme zur Abstimmung über Ziff. 1. Wer hier zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Dann komme ich zu Ziff. 3. Wer der Ziff. 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist auch die Mehrheit. Damit entfällt eine Abstimmung über Ziff. 2 a und 2 b.

Dann rufe ich noch zur Abstimmung Ziff. 4 auf. Ich bitte um das Handzeichen. — Damit ist auch das angenommen.

Demnach hat der Bundesrat die vorgeschlagene **Stellungnahme** in der soeben angenommenen Form **beschlossen.**

Wir kommen dann zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Durchführung einer Erhebung über die Struk-

(A) tur der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahre 1977 (Drucksache 521/76).

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in der Drucksache 521/1/76 vor.

Ich komme dann zur Abstimmung: zunächst über Ziff. I 1 Abs. 1. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Abstimmung über Absatz 2! — Angenommen.

Ziff. I 2! Bitte Handzeichen. — Das ist ebenfalls die Mehrheit.

Demnach hat der Bundesrat die vorgeschlagene **Stellungnahme beschlossen**.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur **Einführung einer Prämieregeling für die Nichtvermarktung von Milch und die Umstellung der Milchkuhbestände** (Drucksache 516/76).

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in der Drucksache 516/1/76 vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wer Ziff. 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist angenommen.

Ziff. 2 stelle ich ohne den Klammerzusatz zur Abstimmung. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist ebenfalls die Mehrheit.

(B)

Ziff. 2 Klammerzusatz wird zur Abstimmung gestellt. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist abgelehnt.

Dann komme ich zu Ziff. 3, 4, 5 a und b. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist eindeutig die Mehrheit.

Ziff. 5 c! — Ebenfalls die Mehrheit.

Demnach hat der Bundesrat die vorgeschlagene **Stellungnahme** in der soeben angenommenen Form **beschlossen**.

Ich komme zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Entwurf eines Vorschlags für eine Richtlinie des Rates zur **Änderung der Richtlinien 72/159/EWG, 72/160/EWG, 72/161/EWG, 73/131/EWG und 75/268/EWG über die Reform der Landwirtschaft** (Drucksache 379/76).

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in der Drucksache 379/1/76 vor.

Wir kommen zur Abstimmung: zunächst über Ziff. 1. Ich bitte um das Handzeichen. — Das ist angenommen.

Das unter Ziff. 2 aufgeführte Anliegen ist vom Rat der Europäischen Gemeinschaften inzwischen erfüllt worden, so daß sich eine Abstimmung über diesen Punkt erübrigt.

Demnach hat der Bundesrat die vorgeschlagene **Stellungnahme** in der soeben angenommenen Form **beschlossen**. **(C)**

Meine Damen und Herren, zur gemeinsamen Abstimmung nach § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung rufe ich die in dem Umdruck 9/76 *) zusammengefaßten **Punkte** auf:

9, 11 bis 17, 19 bis 24, 26, 27, 29, 30, 32, 34 bis 36.

Wer den **Empfehlungen der Ausschüsse** folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist einstimmig **angenommen**. Damit haben wir ein großes Paket erledigt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Vorschlag einer Richtlinie des Rates über das **Verbot des Inverkehrbringens und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln**, die bestimmte Wirkstoffe enthalten (Drucksache 540/76).

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in der Drucksache 540/1/76 vor.

Ich darf zur Abstimmung kommen: zunächst über Ziff. I 1. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Ziff. I 2! — Das ist ebenfalls die Mehrheit.

Demnach hat der Bundesrat die vorgeschlagene **Stellungnahme beschlossen**.

Punkt 18 der Tagesordnung:

(D)

Zweite Verordnung über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des Investitionszulagengesetzes (**Zweite Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung**) (Drucksache 514/76).

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in Drucksache 514/1/76 vor.

Wir stimmen über die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses unter Ziff. I ab. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der Verordnung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG mit der soeben beschlossenen **Maßgabe zugestimmt**.

Punkt 25 der Tagesordnung:

Verordnung zur **Änderung der Verordnung zur Durchführung des § 76 des Bundessozialhilfegesetzes** (Drucksache 382/76).

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen mit Drucksache 382/2/76 vor. Der Antrag des Landes Schleswig-Holstein in Drucksache 382/1/76 ist zurückgezogen worden.

Es ist demnach nur noch über die Empfehlung des Agrarausschusses in Drucksache 382/2/76 unter

*) Anlage

- (A) I abzustimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **beschlossen**, der Verordnung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG **nach Maßgabe der angenommenen Änderung zuzustimmen**.

Punkt 31 der Tagesordnung:

Zweite Verordnung zur **Änderung der Prüfungsordnung für Bundeswehrfachschulen** (Drucksache 559/76).

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in der Drucksache 559/1/76 vor.

Ich darf zur Abstimmung kommen: zunächst über den Antrag des Landes Schleswig-Holstein, der Ihnen in der Drucksache 559/2/76 vorliegt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Minderheit.

Dann kommt die Empfehlung des Ausschusses für Kulturfragen unter I der Drucksache 559/1/76. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist eindeutig die Mehrheit.

Demnach hat der Bundesrat **beschlossen**, der Verordnung **nach Maßgabe der soeben angenommenen**

Änderung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG zuzustimmen. — (C) Das Land Berlin hat sich der Stimme enthalten.

Punkt 33 der Tagesordnung:

Vorschlag für die **Bestellung des Präsidenten der Landeszentralbank in Bayern** (Drucksache 484/76).

Ich nehme an, das Wort wird nicht gewünscht. —

Die Ausschüsse empfehlen dem Bundesrat, dem Vorschlag der Bayerischen Staatsregierung zu entsprechen und Herrn Ministerialdirektor Kurt Stadler mit Wirkung vom 1. Februar 1977 für die Dauer von acht Jahren zur Bestellung zum Präsidenten der Landeszentralbank in Bayern vorzuschlagen.

Wer dieser Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Damit ist diese Empfehlung einstimmig **gebilligt**.

Meine Damen und Herren, die umfangreiche Tagesordnung der heutigen Sitzung ist nunmehr abgewickelt.

Ich berufe die **nächste Sitzung** des Bundesrates auf Freitag, den 12. November 1976, vormittags um 9.30 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 11.16 Uhr)

(B)

(D)

A)

Anlage**Umdruck 9/76**

Zu den folgenden Punkten der Tagesordnung der 439. Sitzung des Bundesrates empfehlen die Ausschüsse dem Bundesrat:

I.

Zu den Vorlagen die **Stellungnahme** abzugeben oder ihnen nach Maßgabe der Empfehlungen zuzustimmen, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdruksache wiedergegeben sind:

Punkt 9

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur **Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 817/70 zur Festlegung besonderer Vorschriften für Qualitätsweine bestimmter Anbaugelände** (Drucksache 497/76, Drucksache 497/1/76).

Punkt 11

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vorschlag einer Richtlinie des Rates zur Koordinierung der **Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren** (Drucksache 349/76, Drucksache 349/1/76).

Punkt 12

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vorschlag einer Richtlinie des Rates (6. Richtlinie) zur **Änderung der Richtlinie 72/464/EWG betreffend die anderen Steuern auf den Verbrauch von Tabakwaren als die Umsatzsteuern** (Drucksache 500/76, Drucksache 500/1/76).

Punkt 21

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur **Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im Luftverkehr** (Drucksache 495/76, Drucksache 495/1/76).

Punkt 22

Verordnung zur **Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im Landverkehr** (Drucksache 493/76, Drucksache 493/1/76).

Punkt 23

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur **Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften in Häfen und auf dem Nord-Ostsee-Kanal** (Drucksache 494/76, Drucksache 494/1/76).

Punkt 24

Verordnung über Höchstmengen an Aflatoxinen in Lebensmitteln (**Aflatoxin-Verordnung**) (Drucksache 522/76, Drucksache 522/1/76).

Anlage zum Stenographischen Bericht (C)**Punkt 32**

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur **Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Zweiten Wohngeldgesetz** (Drucksache 557/76, Drucksache 557/1/76).

II.

Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:

Punkt 13

Verordnung über den Beitrag in der Altershilfe für Landwirte (**GAL-Beitragsverordnung 1977**) (Drucksache 560/76).

Punkt 14

Dritte Verordnung über die Anpassung der Zusatzrenten aus der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung (**Dritte Zusatzrentenanpassungs-Verordnung Saar — 3. ZAVO**) (Drucksache 564/76).

Punkt 15

Zweite Verordnung über die **Versicherung von Arbeitnehmern in der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung** (Drucksache 569/76).

Punkt 16

Verordnung zur **Änderung der Siebenten Berufs- und Krankheiten-Verordnung** (Drucksache 563/76).

Punkt 17

Zweite Verordnung zur Änderung der Siebenten Verordnung zur **Durchführung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer)** (Drucksache 485/76).

Punkt 19

Vierzehnte Verordnung zur **Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes**

und

Fünfzehnte Verordnung zur **Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes** (Drucksache 562/76).

Punkt 20

Achtzehnte Verordnung zur **Durchführung des § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes** (Drucksache 568/76).

Punkt 26

Verordnung über die **Abbaubarkeit anionischer und nichtionischer grenzflächenaktiver Stoffe in Wasch- und Reinigungsmitteln** (Drucksache 509/76).

B)

D)

(A)

Punkt 27

Verordnung über die Festsetzung des **Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Lechfeld** (Drucksache 257/76).

Punkt 29

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die für Staatsangehörige der übrigen **Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** geltenden **Voraussetzungen der Eintragung in die Handwerksrolle** (VO Handwerk EWG) (Drucksache 492/76).

Punkt 30

Vierte Verordnung zur **Änderung der Eichpflicht-Ausnahmeverordnung** (Drucksache 561/76 [neu]).

III.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

(B)

Punkt 34

Berufung eines **Mitglieds der Anstaltsversammlung der Landwirtschaftlichen Rentenbank** (Drucksache 512/76, Drucksache 512/1/76).

Punkt 35

Vorschlag für die **Berufung eines stellvertretenden Mitglieds des Kohlenbeirates** beim Bundesbeauftragten für den Steinkohlenbergbau und die Steinkohlenbergbaugebiete (Drucksache 554/76, zu Drucksache 554/76).

IV.

Zu den Verfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, **von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:**

Punkt 36

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Drucksache 584/76).

(C)

(D)

BUNDESRAT

Bericht über die 439. Sitzung

Bonn, den 22. Oktober 1976

Tagesordnung:

Gedenkworte für den verstorbenen Hessischen Staatsminister **Dr. Horst Schmidt**, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik 397 A

Amtliche Mitteilungen 397 B

Zur Tagesordnung 397 D

Rückblick auf das Geschäftsjahr 1975/1976 398 A

1. **Wahl des Präsidiums** 398 C

Beschluß: Ministerpräsident Holger Börner (Hessen), Präsident des Senats, Erster Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (Hamburg) und Regierender Bürgermeister Klaus Schütz (Berlin) werden zu Vizepräsidenten gewählt.
Die Wahl des Präsidenten des Bundesrates wird vertagt 398 C

2. **Wahl der Vorsitzenden der Ausschüsse** (Drucksache 611/76) 398 D

Beschluß: Die Vorsitzenden werden gemäß dem Antrag des Präsidenten in Drucksache 611/76 gewählt 398 D

3. **Wahl der Schriftführer** 398 D

Beschluß: Staatssekretär Kiesl (Bayern) und Minister Dr. Posser (Nordrhein-Westfalen) werden gewählt 398 D

4. **Bericht von Premierminister Leo Tindemans über die Europäische Union** sowie die in der Kabinettsitzung vom 3. März 1976 beschlossene Stellungnahme der Bundesregierung hierzu (Drucksache 290/76) 399 A

Hasselmann (Niedersachsen), Berichterstatter 399 A

Dr. Albrecht (Niedersachsen) . . . 400 C

Rau (Nordrhein-Westfalen) . . . 402 B

Wischnewski, Staatsminister im Auswärtigen Amt 403 A

Beschluß: Billigung einer Stellungnahme 404 C

5. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Entwurf einer Ratsentscheidung zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens über den **gegenseitigen Informationsaustausch hinsichtlich der Qualität des Oberflächensüßwassers in der Gemeinschaft** (Drucksache 366/76) . . . 404 D

Beschluß: Billigung einer Stellungnahme 404 D

6. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Durchführung einer **Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 1977** (Drucksache 521/76) 404 D

Beschluß: Billigung einer Stellungnahme 405 A

7. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur **Einführung einer Prämienregelung für die Nichtvermarktung von Milch und die Umstellung der Milchkuhbestände** (Drucksache 516/76) 405 A
Beschl u ß : Billigung einer Stellungnahme 405 B
8. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
Entwurf eines Vorschlags für eine Richtlinie des Rates zur **Änderung der Richtlinien 72/159/EWG, 72/160/EWG, 72/161/EWG, 73/131/EWG und 75/268/EWG über die Reform der Landwirtschaft** (Drucksache 379/76) 405 B
Beschl u ß : Billigung einer Stellungnahme 405 C
9. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur **Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 817/70 zur Festlegung besonderer Vorschriften für Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete** (Drucksache 497/76) 405 C
Beschl u ß : Billigung einer Stellungnahme 407 A
11. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
• Vorschlag einer Richtlinie des Rates zur Koordinierung der **Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren** (Drucksache 349/76) 405 C
Beschl u ß : Billigung einer Stellungnahme 407 A
12. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
Vorschlag einer Richtlinie des Rates (6. Richtlinie) zur **Änderung der Richtlinie 72/464/EWG betreffend die anderen Steuern auf den Verbrauch von Tabakwaren als die Umsatzsteuern** (Drucksache 500/76) 405 C
Beschl u ß : Billigung einer Stellungnahme 407 A
13. Verordnung über den Beitrag in der Altershilfe für Landwirte (**GAL — Beitragsverordnung 1977**) (Drucksache 560/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
14. Dritte Verordnung über die Anpassung der Zusatzrenten aus der hüttenknappschäftlichen Zusatzversicherung (**Dritte Zusatzrentenanpassungs-Verordnung Saar — 3. ZAVO**) (Drucksache 564/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
15. Zweite Verordnung über die **Versicherung von Arbeitnehmern in der hüttenknappschäftlichen Zusatzversicherung** (Drucksache 569/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
16. Verordnung zur **Änderung der Siebenten Berufskrankheiten-Verordnung** (Drucksache 563/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
17. Zweite Verordnung zur Änderung der Siebenten Verordnung zur **Durchführung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer)** (Drucksache 485/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
19. Vierzehnte Verordnung zur **Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes** und
Fünfzehnte Verordnung zur **Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes** (Drucksache 562/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
20. Achtzehnte Verordnung zur **Durchführung des § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes** (Drucksache 568/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
21. Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur **Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im Luftverkehr** (Drucksache 495/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 407 A
22. Verordnung zur **Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im Landverkehr** (Drucksache 493/76) 405 C
Beschl u ß : Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderungen 407 A

23. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften in Häfen und auf dem Nord-Ostsee-Kanal (Drucksache 494/76) 405 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 407 A
24. Verordnung über Höchstmengen an Aflatoxinen in Lebensmitteln (**Aflatoxin-Verordnung**) (Drucksache 522/76) 405 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 407 A
26. Verordnung über die Abbaubarkeit anionischer und nichtionischer grenzflächenaktiver Stoffe in Wasch- und Reinigungsmitteln (Drucksache 509/76) 405 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
27. Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Lechfeld (Drucksache 257/76) 405 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
29. Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die für Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geltenden Voraussetzungen der Eintragung in die Handwerksrolle (VO Handwerk EWG) (Drucksache 492/76) . . . 405 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
30. Vierte Verordnung zur Änderung der Eichpflicht-Ausnahmeverordnung (Drucksache 561/76 [neu]) 405 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 407 C
32. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Zweiten Wohnungsgeldgesetz (Drucksache 557/76) . . . 405 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 85 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderungen . . . 407 A
34. Berufung eines Mitglieds der Anstaltsversammlung der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Drucksache 512/76, Drucksache 512/1/76) 405 C
- Beschluß: Billigung des Vorschlags in Drucksache 512/1/76 408 A
35. Vorschlag für die Berufung eines stellvertretenden Mitglieds des Kohlenbeirates beim Bundesbeauftragten für den Steinkohlenbergbau und die Steinkohlenbergbauggebiete (Drucksache 554/76, zu Drucksache 554/76) 405 C
 Beschluß: Billigung des Vorschlags in zu Drucksache 554/76 . . 408 A
36. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Drucksache 584/76) 405 C
 Beschluß: Von einer Äußerung und einem Beitritt wird abgesehen 408 C
10. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
 Vorschlag einer Richtlinie des Rates über das Verbot des Inverkehrbringens und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die bestimmte Wirkstoffe enthalten (Drucksache 540/76) 405 C
 Beschluß: Billigung einer Stellungnahme 405 C
18. Zweite Verordnung über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des Investitionszulagengesetzes (**Zweite Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung**) (Drucksache 514/76) 405 D
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 405 D
25. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des § 76 des Bundessozialhilfegesetzes (Drucksache 382/76) 405 D
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 406 A
31. Zweite Verordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für Bundeswehrfachschulen (Drucksache 559/76) 406 A
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 406 A
33. Vorschlag für die Bestellung des Präsidenten der Landeszentralbank in Bayern (Drucksache 484/76) 406 C
 Beschluß: Ministerialdirektor Kurt Stadler wird vorgeschlagen 406 C
- Nächste Sitzung 406 C

Verzeichnis der Anwesenden**Vorsitz:**

Amtierender Präsident Dr. Albrecht,
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen,
Amtierender Präsident Dr. Stoltenberg,
Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, — zeitweise —

Schriftführer:

Kiesl (Bayern)

Baden-Württemberg:

Adorno, Minister für Bundesangelegenheiten

Bayern:

Dr. Heubl, Staatsminister für Bundesangelegenheiten
Dr. Eisenmann, Staatsminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Kiesl, Staatssekretär im Staatsministerium des
Innern

Berlin:

Stobbe, Senator für Bundesangelegenheiten

Bremen:

Willms, Senator für Bundesangelegenheiten

Hamburg:

Klose, Erster Bürgermeister, Präsident des Senats
Prof. Dr. Klug, Senator, Justizbehörde

Hessen:

Dr. Günther, Minister der Justiz

Niedersachsen:

Dr. Albrecht, Ministerpräsident
Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten

Nordrhein-Westfalen:

Kühn, Ministerpräsident
Dr. Hirsch, Innenminister
Frau Donnepp, Minister für Bundesangelegenheiten
Rau, Minister für Wissenschaft und Forschung

Rheinland-Pfalz:

Dr. Kohl, Ministerpräsident
Gaddum, Minister der Finanzen
Schwarz, Minister des Innern
Theisen, Minister der Justiz

Saarland:

Dr. Wicklmayr, Minister für Rechtspflege

Schleswig-Holstein:

Dr. Stoltenberg, Ministerpräsident

Von der Bundesregierung:

Wischnewski, Staatsminister im Auswärtigen
Amt
Zander, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Dr. Schüler, Staatssekretär, Chef des Bundeskanzleramtes